Mediendienst

Stuttgart, 24. Januar 2025

Freie Demokraten

Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Kern: Gewalt an Schulen darf kein Tabu-Thema sein – Grün-Schwarz muss endlich hinsehen, statt wegzuschauen

Seit Jahren geht Grün-Schwarz das Problem der Gewalt an Schulen nicht energisch genug an – FDP-Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Zur Landespressekonferenz des Verbands Bildung und Erziehung Baden-Württemberg, in der eine forsa-Umfrage zum Thema Gewalt an Schulen und gegen Lehrkräfte vorgestellt wurde, sagt der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Seit Jahren geht Grün-Schwarz das Problem der Gewalt an Schulen nicht energisch genug an. Wenn 61 Prozent der Schulleitungen berichten, dass Gewalt in den letzten fünf Jahren zugenommen habe, dann ist das ein alarmierender Trend, der umgehend und mit aller Entschiedenheit gestoppt werden muss. Gerade die Schule muss ein Ort des Lernens und des respektvollen Miteinanders sein – keinesfalls dürfen Schulen zu Orten der Angst und Gewalt werden. Obgleich Schulleitungen also berichten, dass Gewalt an Schulen zugenommen habe, ist kaum zu glauben, dass weder im Kultusministerium noch an den Schulen oder an anderen Stellen dokumentiert wird, wo, wie oft und auf welche Weise Gewalt an Schulen stattfindet. Darüber hinaus trifft im Schnitt in Baden-Württemberg ein Schulpsychologe auf ganze 7.851 Schüler. Die grün geführte Landesregierung steckt beim Thema Gewalt an Schulen seit Jahren den Kopf in den Sand und sagt sich: ‚Was ich nicht sehe, das findet nicht statt.‘ Konsequentes und mutiges Handeln sieht jedenfalls anders aus.

Der soziale Umgang an Schulen und die Hemmschwellen bei Anwendung psychischer oder physischer Gewalt gegen Lehrkräfte haben – sowohl bei Schülern als auch bei Eltern – in den vergangenen Jahren in dramatischer Geschwindigkeit abgenommen. Wenn eine Lehrkraft Gewalt erfährt, wird dieser nur selten umfassend geholfen: Nur jede zweite Schulleitung berichtet, dass von Gewalt betroffene Lehrkräfte ausreichend unterstützt und wieder aufgefangen werden. Nicht akzeptabel ist, wenn Lehrkräfte selbst rechtlich tätig werden müssen, da von Amts wegen nur in seltenen Fällen ermittelt wird. Unsere Lehrkräfte werden also im Stich gelassen – das ist ein Armutszeugnis für den Dienstherrn eines grün geführten Kultusministeriums.

Doch es kann durchaus gehandelt werden: Schon Lehramtsstudenten, Referendare und Junglehrkräfte müssen darauf vorbereitet werden, wie sie mit Gewalt an Schulen umgehen sollen. Dabei ist es

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de

fundamental, das Tabu-Thema ‚Gewalt an Schulen' aufzubrechen und dieses klar zur Sprache zu bringen. Vorfälle müssen dokumentiert und Statistiken in anonymer Form erstellt werden. Auch muss die Zahl der Schulpsychologen massiv erhöht werden. Gerade das Thema Werteerziehung muss dringend angegangen werden. Hier hat die Fraktion der Freien Demokraten ein Positionspapier veröffentlicht, dass u.a. die Einrichtung einer zentralen Unterstützungseinheit umfasst, die als Ansprechpartner für Schulleitungen und Lehrkräfte zur Verfügung steht, bei Interventionsmaßnahmen hilft oder diese in schweren Fällen übernimmt und hierbei andere relevante Stellen miteinbezieht bzw. mit diesen kommuniziert."

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de